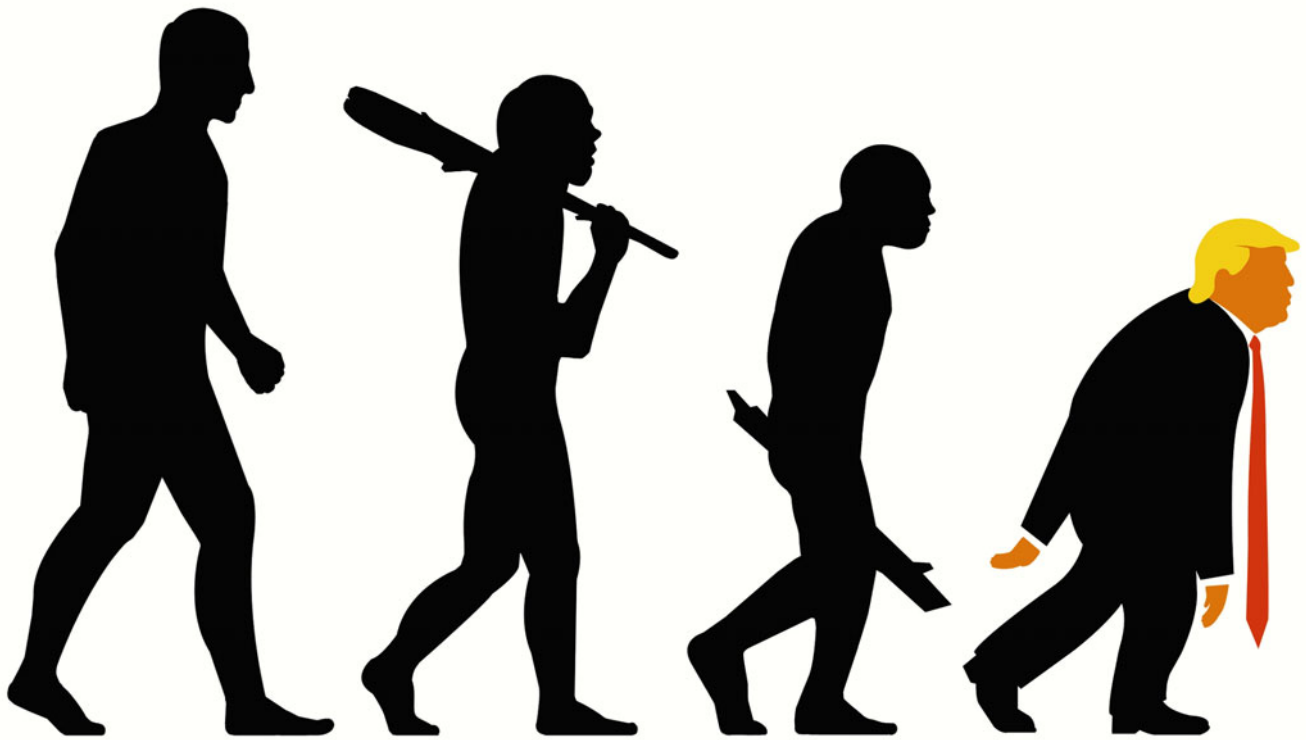




Ungarn Ft 2350,- Printed in Germany
Spanien € 6,50 Spanien/Kanaren € 6,70
Slowakei € 6,60 Slowenien € 6,30
Polen (ISSN00387452) ZL 32,- Portugal (cont.) € 6,50,-
Norwegen NOK 74,- Österreich € 5,80
Griechenland € 7,- Italien € 6,50
Finnland € 8,- Frankreich € 6,50
BeNeLux € 5,80 Dänemark dkr 53,-



Im Zeitalter von Feuer und Zorn

Football Leaks

Hundert Millionen Euro im Jahr – die maßlosen Verträge des Lionel Messi

Unterhaltsgesetz

Wenn Kinder für ihre Eltern zahlen müssen

#MeToo

Der Versuch, mit Woody Allen über Missbrauch zu reden

Titel

USA Nach seinem ersten Jahr als Präsident steht Donald Trump als Lügner, Kriegstreiber und seniler Irrer da. Ein Ende? Ist nicht in Sicht **10**
Bücher Der US-Investigativjournalist David Cay Johnston über „Trump im Amt“ – ein exklusiver Vorabdruck **16**
Intellektuelle Die Krise der amerikanischen Linken **20**

Deutschland

Leitartikel Das neue Netzgesetz ist keine Zensur **6**
Meinung Im Zweifel links / So gesehen: Die Hundert-Tage-Bilanz der Regierung **8**
Mehr Flüchtlinge nach Deutschland? / Ökonomen fordern Ersatz für Maastricht-Vertrag / Mafiosi mit eigener Kryptosoftware
Kanzler Ein Dreierbündnis von Jens Spahn, Alexander Dobrindt und Christian Lindner arbeitet gegen Angela Merkel **28**
Parteien Sahara Wagenknecht über ihre Pläne für eine neue linke Volkspartei **31**
Ministerpräsidenten Manuela Schwesig plant von Schwerin aus ihren weiteren Aufstieg in der SPD **32**
Essay Wie soziale Medien die politische Kommunikation verändern **34**
Unterhalt Gabriele Dietz-Paulig wurde als Säugling ins Heim gesteckt, nun soll sie die Pflegekosten ihrer Mutter zahlen **36**
Karrieren Jürgen Elsässers Wandlung vom Kommunisten zum Chefideologen der Neuen Rechten **38**
Justiz Ein ehemaliger Dschihadist hilft der deutschen Justiz als Zeuge – trotzdem wird er hart bestraft und in der Haft schikaniert **42**
Kriminalität Ein Ex-Dealer erklärt das Millionengeschäft mit Drogen im Darknet **46**
Schizophrenie Angehörige warnten Ärzte und Behörden vor dem gewalttätigen, psychisch kranken Felix B. – bis er tötete **50**
Seuchen Tierarzt Thomas Blaha will Wildschweine an den Ostgrenzen abschießen lassen **53**

Wirtschaft

Gemeinden sollen Geld für Windräder bekommen / US-Steuerreform verstößt gegen internationale Abkommen / Kellerhals-Erben streiten weiter
Finanzplätze Frankfurt am Main bereitet sich auf den Zuzug Tausender Investmentbanker vor **54**
 Altsponti Johnny Klink schwärmt von Frankfurt **56**
Analyse Der Deutschen Bank droht der Abstieg **60**
Konzerne Die Bezahlung der Topberater der Boston Consulting Group wirft Fragen auf **61**
Industrie Finanzinvestor Cevian sorgt bei ThyssenKrupp für Ärger **62**
Kosmetik Weil die Luftverschmutzung zunimmt, boomen Anti-Feinstaub-Cremes **67**

Ausland

Warum Polens Nationalkonservative gerade unbesiegbar sind / Auch die Chinesen lieben Emmanuel Macron
Korea Kriegsangst und Krisenstimmung in Seoul vor den Olympischen Winterspielen **70**
Türkei SPIEGEL-Gespräch mit der Journalistin Meşale Tolu über ihre Haft **74**

Philippinen Die Stadt Marawi ist seit Monaten vom IS befreit, die Gefahr, dass die Islamisten das Land als neuen Rückzugsraum nutzen, aber noch nicht gebannt **76**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Das Handy als Motor des Fortschritts / Wie kann Kegeln wieder hip werden? **80**
Eine Meldung und ihre Geschichte Warum ein ostdeutscher Bauernhof zum Hochsicherheitstrakt wurde **81**
Visionen Ein Roman, der als Bibel der Rechten gilt, wurde Wirklichkeit **82**
Kolumne Leitkultur **88**

Sport

Wie lange sich Dopingrekorde in der Leichtathletik halten / Magische Momente: Pole-Tänzerin Jeannine Wilkerling über die Reize ihrer Sportart **89**
Football Leaks Wie die Familie Messi den FC Barcelona aussaugt **90**

Wissenschaft

Orang-Utans behandeln sich mit Heilpflanzen / Drogenpolitik-Experten fordern die Legalisierung von Cannabis / Kommentar: Eine Grippepandemie wie vor 100 Jahren wird kommen – und dann? **98**
Neurowissenschaften Der US-Biologe Anthony Zador will mit einem cleveren Trick den Schaltplan des Gehirns enträtseln **100**
Tiere Stinkende Blutsauger – ein Insektenforscher kämpft gegen den miesen Ruf der Wanzen **103**
Archäologie Der weltweite CO₂-Ausstoß erschwert die Altersbestimmung historischer Funde **104**
Psychologie Ganz oben, ganz verwirrt – Mediziner ergründen den Höhenwahn der Bergsteiger **106**

Kultur

Rapperin Haiyti / Neue Humboldt-Forum-Chefin / Kolumne: Zur Zeit **108**
#MeToo-Debatte Ein Treffen mit Woody Allen anlässlich seines neuen Films „Wonder Wheel“ – und der Versuch, über die Missbrauchsvorwürfe gegen ihn zu sprechen **110**
Reise Navid Kermani in Teheran – das Finale seines Tagebuchs **114**
Bauen SPIEGEL-Gespräch mit BND-Präsident Kahl und Architekt Kleihues über die neue Geheimdienstzentrale in Berlin **118**
Verantwortungsromantik Ist der Schriftsteller Simon Strauß auf politischen Abwegen? **121**
Literaturkritik Aharon Appelfelds kurz vor seinem Tod erschienenes Erinnerungsbuch „Meine Eltern“ **122**
Würdigung Franziska Augstein zum Tod von Johannes K. Engel (1927 bis 2018), dem ehemaligen SPIEGEL-Chefredakteur **124**

Bestseller **113**
Impressum, Leserservice **123**
Nachrufe **125**
Personalien **126**
Briefe **128**
Hohlspiegel/Rückspiegel **130**

Wegweiser für Informanten: www.spiegel.de/investigativ



JOHANNES ARIT / DER SPIEGEL

Manuela Schwesig

Sie sammelt als neue Ministerpräsidentin in Schwerin Regierungserfahrung, während sich die führenden SPD-Genossen in Berlin verschleifen. So könnte die 43-Jährige es in ihrer Partei ganz nach oben schaffen. **Seite 32**



LUKAS BARTH / EPD

Navid Kermani

Er ist Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels; für den SPIEGEL reiste der Schriftsteller durch Osteuropa bis nach Iran. Dabei entstand eine Serie, deren letzte Folge nun erscheint, sie endet in Teheran. **Seite 114**



VASIN AKGUL / AFP

Meşale Tolu

Sie saß in türkischer Haft, mit dabei: ihr kleiner Sohn. Kürzlich wurde die Journalistin entlassen, frei fühlt sie sich trotzdem nicht. Denn der Prozess geht weiter. Und ihr Sohn fragt oft: Du kommst aber wieder, Mami? **Seite 74**

Leitartikel

Einmal tief durchatmen, bitte!

Die Kritik am neuen Netzgesetz ist völlig überzogen.

An einem mangelt es in der aktuellen Debatte über die Meinungsfreiheit in Deutschland gewiss nicht: an lauten, zugespitzten, ja geradezu hysterischen Meinungen.

Der schrillste Alarm dröhnt natürlich aus den sozialen Netzwerken: Wer in diesen Tagen bei Twitter unterwegs ist, wähnt sich in einer anderen Republik. Das Grundrecht auf freie Rede sei passé, schäumen Nutzer, mit dem Jahreswechsel sei ein Zeitalter der Zensur angebrochen. Angeführt wird die Empörung im Kern von einer ganz großen Koalition aus AfD-Funktionären, FDP-Politikern und Journalisten des Springer-Konzerns. AfD-Mann Alexander Gauland spricht von „Stasi-Methoden“. Und „Bild“-Chef Julian Reichelt bemüht gar Vergleiche mit den „finsternen Diktaturen der Welt“. Aber auch Juristen, Wirtschaftsverbände sowie prominente Linke und Grüne geben sich alarmiert.

Was um Himmels willen ist da passiert?

Die meisten Bürger haben es vermutlich noch gar nicht bemerkt: Aber mit dem Jahresbeginn ist das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in vollem Umfang in Kraft getreten. Es soll Hass und Hetze in sozialen Netzwerken wie Facebook wirksamer bekämpfen, die nicht nur Individuen verleunden, sondern eine zersetzende Wirkung auf ganze Gesellschaften haben können.

Das Gesetz aus dem Haus von Justizminister Heiko Maas (SPD), im vorigen Juni mit der Mehrheit der Großen Koalition beschlossen, formuliert dabei keine wesentlichen neuen Verbote. Twitter und Co. waren eigentlich schon bisher gesetzlich verpflichtet, strafbare Inhalte zu entfernen, wenn sie ihnen gemeldet werden. Nur machten Betroffene bislang die Erfahrung, dass verunglimpfende und verleumderische Inhalte auch dann häufig noch lange online blieben. Allzu oft erhielten verzweifelte Opfer von Facebook und Co. nur die lapidare Nachricht, die gemeldeten Beiträge verstießen nicht gegen die konzerneigenen Gemeinschaftsstandards.

Es war also höchste Zeit für ein staatliches Einschreiten. Zeit, dass die Unternehmen endlich gezwungen werden, die deutschen Gemeinschaftsstandards zu respektieren: das geltende Recht. Dafür setzt das NetzDG den Konzernen knappe Reaktionsfristen und droht mit empfindlichen Bußgeldern – allerdings nicht bei fragwürdigen Einzelentschei-

dungen, sondern nur, wenn die Betreiber kein funktionierendes Beschwerdeverfahren anbieten.

Die aktuelle Hysterie geht auf die Erfahrungen der ersten Tage zurück. Tatsächlich scheinen die betroffenen Konzerne, allen voran Twitter, gerade von einem Extrem ins andere zu verfallen. Gehörte der Kurznachrichtendienst im vorigen Jahr noch zu den Anbietern mit den miserabelsten Löschoroten, schießt er nun über das Ziel hinaus – und entfernte auch offenkundig satirische und definitiv nicht strafwürdige Beiträge.

Ziel der Zensurvorwürfe sind nicht etwa die Twitter-Verantwortlichen und deren willkürliche und intransparente Löschoraxis – sondern der Justizminister und sein Versuch, den Missständen mit den Mitteln des Rechtsstaats beizukommen.

Keine Frage, das NetzDG hat Schwächen. Sachliche Kritik ist notwendig und berechtigt. Und natürlich wäre es am besten gewesen, man hätte es gar nicht erst gebraucht.

Aber die Selbstregulierung der Konzerne, die viele sich jetzt zurückwünschen, hat erwiesenermaßen nicht funktioniert. Das Gesetz war keine Übersprunghandlung aus notorischer Regulierungswut. Der Staat hat lange tatenlos zugesehen. Die Unternehmen hatten ewig lange Gelegenheit, wirksame Lösungen anzubieten. Stattdessen verschlechterten sich ihre Löschoroten teils sogar.

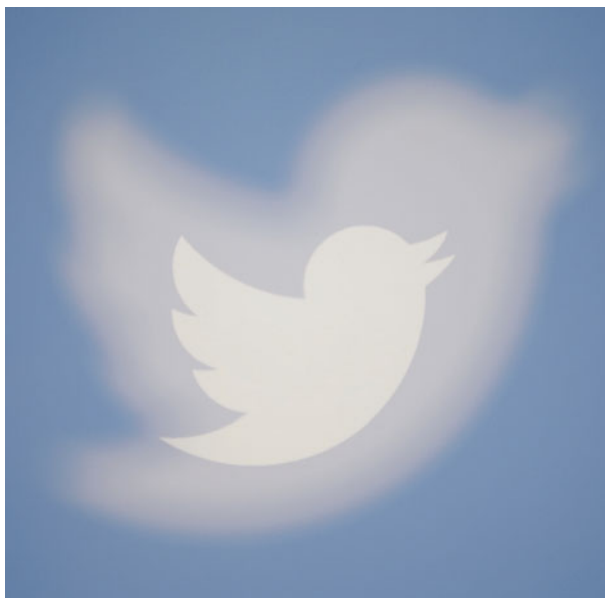
Für eine nüchterne Bilanz ist es zu früh. Derzeit missbrauchen Aktivisten aller Couleur die neuen Meldewe-

ge, um politische Gegner und das Gesetz selbst zu denunzieren. Es gibt in der Flut der Meldungen Fehlentscheidungen, sicher. Aber ist das eine Einschränkung der Meinungsfreiheit? Eine Gesinnungspolizei wie in Diktaturen?

Wer wie die Chefs von AfD und „Bild“ so grotesk überzieht, hetzt jene Populisten auf, die sich gerade zu Unrecht als Heroen der freien Rede aufspielen, und verhöhnt die Opfer von Regimen, in denen abweichende Meinungen üblere Folgen haben als eine zwölfstündige Twitter-Sperre, die das Gesetz im Übrigen gar nicht verlangt.

Da sind sogar die Unternehmen selbst längst weiter. Facebook-Chef Mark Zuckerberg hat „Missbrauch und Hass“ gerade als Hauptproblem auf seiner Plattform benannt und angekündigt, es zu beheben. Sollten dem Taten folgen und sollte das deutsche Gesetz zu dieser plötzlichen Einsicht auch nur etwas beigetragen haben, wäre das kein kleines Verdienst.

Marcel Rosenbach



JAAP ARRIENS / NURPHOTO VIA GETTY IMAGES